

Swissmem Halbjahres-Medienkonferenz vom 31. August 2016, Zürich**«Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht»****Referat von Hans Hess, Präsident Swissmem**

Sehr geehrte Damen und Herren

In allen Kulturen der Welt gibt es Sprichworte. Den meisten gemeinsam ist ein wahrer Kern. Gerade die politischen Akteure sollten bei ihrem Handeln ab und zu auf solche Sprichworte achten. In der aktuellen politischen Situation stimmt mich eines dieser Sprichworte besonders nachdenklich. Es lautet: «Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht».

Seit Jahren ist die Schweizer Wirtschaft mit immer neuen politischen Vorstössen konfrontiert, die ein erhebliches Schadenpotenzial für den Wirtschaftsstandort Schweiz beinhalten. Der Souverän hat zwar in den vergangenen vier Jahren der Ferien-Initiative, der 1:12-Initiative, der Mindestlohn-Initiative, der Ecopop-Initiative, der Erbschaftssteuer-Initiative und der Energie- statt Mehrwertsteuer-Initiative sowie jüngst auch der Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen eine deutliche Abfuhr erteilt. Mit diesen Abstimmungsergebnissen konnte aber lediglich erreicht werden, dass sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen vorerst nicht weiter verschlechtern – obwohl eigentlich eine Verbesserung derselben dringend notwendig wäre.

Aber es gibt kein Aufatmen. Es hängen weitere Damokles-Schwerter über dem Land. Je nach Umsetzung kostet uns die Masseneinwanderungs-Initiative (MEI) die bilateralen Verträge mit der EU. Noch grösser ist die Gefahr, dass die Schweiz die Assoziierung zum europäischen Netzwerk «Horizon 2020» verliert. Beides würde den Denk- und Arbeitsplatz Schweiz nachhaltig schwächen und mittelfristig tausende Stellen kosten. Hinzu kommt eine mögliche Referendumsabstimmung zur Unternehmenssteuerreform III. Ein Erfolg des Referendums würde dem Wirtschaftsstandort Schweiz und damit kleinen und grossen Unternehmen schaden.

In den nächsten sechs Monaten ist das Volk wiederum gefordert. Es folgt eine Reihe wegweisender Volkabstimmungen, welche die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erneut stark negativ zu beeinflussen drohen. Im Einzelnen sind dies:

- Die Initiative «AHV-Plus für eine starke AHV»
- Die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft»
- Die Atomausstiegs-Initiative
- Die Ernährungssicherheits-Initiative und
- Möglicherweise die Referendumsabstimmung zur Unternehmenssteuerreform III

Ich werde diese Vorlagen kurz aus Sicht der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) kommentieren und danach das potenziell sehr negative Gesamtbild für die Schweizer Wirtschaft sowie für unsere Branche bewerten.

Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft»

In dreieinhalb Wochen kommt die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» zur Abstimmung. Diese Volksinitiative verlangt, dass die Schweiz bis ins Jahr 2050 ihren aktuellen Ressourcenverbrauch um 65 Prozent reduziert. Um den Verbrauch natürlicher Ressourcen in diesem Ausmass und unter diesem Zeitdruck so massiv zu senken, müsste der Bund äusserst einschneidende Massnahmen ergreifen. Diese Eingriffe würden zu massiv höheren Ressourcenpreisen führen. Die industrielle Produktion würde sich substanziell verteuern. Bei einem solchen Schweizer Alleingang verlöre die einheimische Industrie zwangsläufig ein grosses Stück ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Weite Teile der Industrie müssten ins Ausland abwandern, um überleben zu können. Das würde zehntausende Jobs kosten. Wer ausser den Öko-Fundis will das wirklich?

Die MEM-Industrie ist längst in Richtung einer grünen Wirtschaft unterwegs. Nicht nur aus Kostengründen gehört ressourceneffizientes Handeln längst zur DNA der Schweizer MEM-Unternehmen. So hat die MEM-Industrie seit 1990 ihren Gesamtenergiebedarf um über 40 Prozent gesenkt. Zudem leistet sie als Technologielieferantin einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der weltweiten Ressourceneffizienz. Doch statt die Industrie in dieser Entwicklung zu unterstützen, will die Initiative «Grüne Wirtschaft» der Industrie die Daumenschrauben ansetzen. Was nützt es da über die Deindustrialisierung zu lamentieren, wenn solche Initiativen die Industrie regelrecht aus dem Land vertreiben? Ich hoffe, das Volk lehnt diese völlig unnötige und äusserst schädliche Volksinitiative deutlich ab.

«AHV-Plus für eine starke AHV»

Ebenfalls am 25. September stimmt das Schweizer Volk über die Initiative «AHV-Plus - für eine starke AHV» ab. Das tönt sehr sympathisch, denn wer will keine starke AHV? Diese Initiative ist aber ein Wolf im Schafspelz. Sie will die AHV-Renten generell um 10 Prozent erhöhen. Die damit verbundenen Zusatzkosten betragen jährlich mehr als vier Milliarden Franken. Rein aus demographischen Gründen würden sie bis in Jahr 2030 auf 5,5 Milliarden Franken ansteigen. Dies müsste zwangsläufig über höhere AHV-Beiträge der Unternehmen und Arbeitnehmer finanziert werden. Diese Mehrkosten würden unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen vermindern. Die MEM-Industrie kämpft sich gerade aus der letzten Franken-Krise hoch. Neue Kosten sind das Letzte, was sie derzeit brauchen kann. Zudem ist die Initiative «AHVplus» die falsche Lösung für ein wichtiges Problem. Nur eine langfristig und nachhaltig sanierte AHV ist eine starke AHV. Aber diese Initiative macht dieses Ziel unerreichbar. Swissmem lehnt deshalb die AHV-plus – Initiative ab.

«Atomausstiegs-Initiative»

Am 27. November dieses Jahres kommt die «Atomausstiegs-Initiative» zur Abstimmung. Sie verlangt ein Betriebsverbot für Kernkraftwerke. Für die bestehenden Kernkraftwerke schreibt sie eine maximale Betriebsdauer von 45 Jahren vor. Das bedeutet, dass Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg innerhalb kurzer Zeit vom Netz müssten. Die Kraftwerke in Gösgen und Leibstadt wären dann im Jahr 2024 bzw. 2029 fällig. Eine derart rasche Ausserbetriebnahme der Schweizer Kernkraftwerke würde die Versorgungssicherheit gefährden. Es ist nämlich nicht möglich, die wegfallenden Produktionskapazitäten zeitgerecht durch einheimische erneuerbare Stromproduktion zu ersetzen. Die Schweiz müsste entweder deutlich mehr Strom importieren oder den Verbrauch durch drastische Sparmassnahmen rigoros einschränken. Es käme zu deutlich höheren Strompreisen. Das ist nicht im Interesse der Industrie.

Wir sind in den vergangenen Wintern einige Male knapp an einer Stromlücke vorbeigeschlittert. Dieses Risiko würde sich bei einer Annahme der Atomausstiegs-Initiative deutlich erhöhen. Fast alle Bereiche

des Alltags sind auf eine permanente und lückenlose Stromversorgung angewiesen. Wir können uns Stromlücken wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht leisten!

Initiative «Für Ernährungssicherheit»

Die Initiative «Für Ernährungssicherheit» schliesst den Reigen relevanter Volksbegehren ab, die Wölfen im Schafspelz gleichen und in den nächsten sechs Monaten zur Abstimmung kommen. Dieses Begehren, worüber das Volk voraussichtlich am 12. Februar 2017 entscheiden wird, scheint die Industrie auf den ersten Blick nicht zu betreffen. Doch dieser Schein trügt. In unserer Einschätzung würde eine Annahme der Initiative den aussenwirtschaftlichen Handlungsspielraum in der Agrarpolitik, konkret den Zollschatz, tangieren. Sie würde den Verhandlungsspielraum der Schweiz bei künftigen WTO-Verhandlungen beschränken sowie allfällige Anpassungen im Rahmen einer Weiterentwicklung der bilateralen Verträge mit der EU verhindern.

Viel gewichtiger sind die Konsequenzen im Hinblick auf ein mögliches Andocken der Schweiz an die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, TTIP. Falls TTIP zustande kommt, entstünde die weltweit grösste Freihandelszone. Mehr als zwei Drittel aller Schweizer Exporte gehen in diesen Raum. Eine Beteiligung der Schweiz an TTIP wäre deshalb von sehr grosser Bedeutung. Bei einer Annahme der Ernährungssicherheitsinitiative bestünde aber die Gefahr, dass eine Teilnahme der Schweiz an TTIP verunmöglicht wird. Denn die Initiative zementiert beim Grenzschutz den agrarpolitischen Status quo und lässt einen weiteren Zollabbau kaum mehr zu. Falls die Schweiz draussen bleibt, würde die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Exportwirtschaft in den relevanten Märkten empfindlich geschwächt. Wir hätten nicht nur auf dem US-Markt gegenüber der Konkurrenz aus der EU einen Wettbewerbsnachteil. TTIP würde auch die Marktchancen der US-Firmen im EU-Markt einseitig stärken – zum Nachteil der Schweiz. Wir werden uns deshalb gegen die Ernährungssicherheits-Initiative engagieren. Sie verunmöglicht eine zukunftsweisende Weiterentwicklung unserer Handelspolitik. Wir sind nicht länger bereit, eine solche Agrarpolitik mitzutragen. «Ernährungssicherheit» tönt zwar gut. Diese Initiative ist aber eine gefährliche Mogelpackung, welche die Subventionspründe der Landwirtschaft zu Lasten der Konsumentinnen und Konsumenten weiter absichern möchte. Sie schottet unser Land aussenwirtschaftlich ab und gefährdet Jobs in der Industrie. Das ist nicht im Interesse der Exportwirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft.

Unternehmenssteuerreform III

Nun noch einige Worte zur Unternehmenssteuerreform III. Falls das Referendum zustande kommt, dürfte die Vorlage ebenfalls am 12. Februar 2017 vors Volk kommen. Ich bin froh, dass bei diesem Geschäft im Parlament ein Kompromiss gefunden werden konnte. Die vorliegende Lösung ist für unsere innovative Industrie dank der F&E Inputförderung und der Patentbox ein attraktives Paket. Der Gesetzesentwurf ist für den Bund und die meisten Unternehmen tragfähig. Auch die Kantone haben genügend Stellschrauben, um ein ausgewogenes Steuerregime für KMU und Grossbetriebe sicherzustellen.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass die SP das Referendum ergriffen hat. Letztlich waren es die Linken, welche die Sonderregimes für Holdinggesellschaften stets kritisiert hatten. Ein Scheitern der Unternehmenssteuerreform III würde die Unsicherheit über die künftigen Steuerregeln auf unbestimmte Zeit fortsetzen – dies zulasten der Standortattraktivität der Schweiz. Eine Ablehnung der Unternehmenssteuerreform würde sowohl die grossen wie auch die kleinen Unternehmen treffen. Und damit den ganzen Wirtschaftsstandort Schweiz. Swissmem wird sich deshalb für die Annahme des Gesetzes einsetzen.

Umsetzung MEI / Horizon 2020

Neben diesen Volksentscheiden setzt sich in den nächsten Monaten der parlamentarische Prozess zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative fort. Die Vorgabe der MEM-Industrie ist klar. Die Umsetzung der MEI muss die Interessen der Wirtschaft berücksichtigen – so wie es in der Verfassung steht. Zudem darf sie die bilateralen Verträge mit der EU nicht gefährden. Bereits nächste Woche beginnt der Nationalrat mit den Beratungen. Es wird allerdings immer unwahrscheinlicher, dass bis zum 9. Februar 2017 eine Lösung für die Umsetzung der MEI vorliegt, die auch von der EU akzeptiert wird. Das hat unmittelbare Konsequenzen für die Schweiz. Wir verlören damit die Assoziierung an das europäische Forschungsprogramm «Horizon 2020». Bezüglich der Forschungszusammenarbeit mit der EU stiege die Schweiz zum Drittstaat ab. Ich fürchte, dass in der Folge die Innovationskraft der Schweiz – notabene unser grösste Trumpf – mittelfristig spürbar geschwächt würde. Das können wir uns schlicht und einfach nicht leisten. Das wäre nicht nur ein Schuss in den eigenen Fuss sondern ein Schuss ins eigene Herz.

So kann es nicht weitergehen

Meine Damen und Herren. Die meisten Menschen im Ausland schwärmen von der Schweiz. Wir haben eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, die für Wohlstand und eine tiefe Arbeitslosigkeit sorgt. Wir haben gute Sozialsysteme. Und die Interessen zwischen Gesellschaft und Wirtschaft sind ausbalanciert. Ich verstehe nicht, warum gewisse Kreise diese Errungenschaften seit Jahren partout mit schädlichen Volksinitiativen zerstören wollen? Ich verstehe nicht, warum dieser bisher so erfolgreiche Weg verlassen werden soll? Unser Volk kann das unmöglich wollen. Die Wirtschaft sowie die verantwortungsvollen Politiker wollen das auch nicht. Wer denn?

Die Positionen von Swissmem zu all diesen Vorlagen dürften Sie nicht überraschen. Sie werden sich vielleicht fragen, warum ich sie hier so ausführlich erwähne. Die Antwort ist einfach. Ich bin zutiefst besorgt. Wir stehen mitten in einer noch nie dagewesenen Lawine von wirtschaftsfeindlichen Vorlagen. Ich gehe zwar nicht davon aus, dass sich das Volk bei den anstehenden Vorlagen durchwegs gegen seine eigenen Interessen und diejenigen der Wirtschaft entscheiden wird. Aber allein schon die Tatsache, dass wir über diese vielen und potentiell sehr schädlichen Vorstösse abstimmen müssen, gibt mir zu denken. Stellen Sie sich die Konsequenzen vor, wenn der wirtschaftspolitische Super-GAU dennoch einträte. «AHVplus» triebe die Lohnnebenkosten in die Höhe. Der Atomausstieg würde die Strompreise befeuern und die Stromlücke neu aufreissen. Ohne Unternehmenssteuer-Reform würde sich die Phase der Unsicherheit bezüglich der künftigen Steuerregimes verlängern und Firmen aus dem Land vertreiben. Neue Handelsabkommen würden aufgrund der Ernährungssicherheits-Initiative fast unmöglich. Zusätzlich fielen im schlimmsten Fall auch noch die Bilateralen Verträge. Über alles gesehen verlöre die Schweiz die internationale Wettbewerbsfähigkeit und den hindernisfreien Zugang zu den Absatzmärkten. Die «Grünen Wirtschaft» würde dann den Rest erledigen und die industrielle Produktion gänzlich aus dem Lande vertreiben. Meine Damen und Herren, das dürfen wir nicht zulassen!

Zugegeben: Das ist ein sehr schwarzes Szenario. Wir müssen uns aber wieder bewusst werden, worauf der Erfolg der Schweiz beruht. Es sind die innovativen Unternehmen hier in der Schweiz, die durch den internationalen Austausch von Gütern und Dienstleistungen unseren Wohlstand schaffen. Aber leider lassen gewisse politische Akteure seit Jahren fast nichts unversucht, um unsere Standortvorteile zu torpedieren und damit unseren Wohlstand zu gefährden. Um hier zu den Sprichworten zurückzukehren. Wir sägen definitiv am Ast, auf dem wir sitzen.

Die MEM-Industrie und die gesamte Schweizer Volkswirtschaft haben sich nach 2008 trotz weltweiter Finanz- und Wirtschaftskrise sowie zwei massiven Aufwertungsschocks des Frankens sehr widerstandsfähig gezeigt. Die von Peter Dietrich vorhin präsentierten Zahlen der MEM-Industrie zeigen, dass die Unternehmen ihren Job machen. Sie kämpfen sich auch dieses Mal Schritt für Schritt aus der Baisse zurück und schaffen die Grundlage für neuen Fortschritt sowie Wachstum. Und dies ohne Subventionen oder Grenzschutzmassnahmen! Es stellt sich aber die Frage, wie viel unsere Branche und die gesamte Volkswirtschaft noch absorbieren kann. Umso unverständlicher sind diese Vorstösse, die den Firmen das Leben unnötig schwer machen. Es ist nicht die Zeit für sozialistische Träumereien, grüne Illusionen oder selbstzufriedene Isolation. Dieses Land braucht wieder festen Boden unter den Füßen. Wir wissen nicht, bei welchem Gang zum Brunnen der Krug schliesslich zerbrechen wird. Aber das Risiko, dass er zerbricht, ist derzeit gross.

Wir müssen wieder Sicherheit schaffen. Sicherheit bezüglich den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Wir müssen Verlässlichkeit aufbauen. Ohne Verlässlichkeit verlieren wir bei unseren Handelspartnern an Attraktivität. Sicherheit und Verlässlichkeit schaffen Vertrauen. Vertrauen ist die Basis für eine positive Entwicklung der Volkswirtschaft. Denn nur eine prosperierende Wirtschaft hat die Kraft sowie die Mittel, um die Sozialwerke nachhaltig zu sanieren und in neue, nachhaltige Technologien zu investieren.

Ich rufe das Volk und das Parlament auf, sich gut zu überlegen, was im langfristigen Interesse der Schweiz liegt. Im übertragenen Sinne gehen die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in den nächsten Monaten fünfmal mit dem Krug in der Hand zum Brunnen. Wir werden dafür kämpfen, dass die Schweiz den Krug nicht fallen lässt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Zürich, 31. August 2016

Weitere Auskünfte erteilt:

Swissmem Kommunikation
Pfungstweidstrasse 102, Postfach
CH-8037 Zürich
Tel. 044 384 41 11 / Fax 044 384 42 42
E-Mail: presse@swissmem